



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Florian Siekmann, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Johannes Becher, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Vorbereitung auf einen harten Brexit II: Sensibilisierung der KMU ausweiten und Unterstützung bei der Überwindung regulatorischer Hürden leisten

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

- eine Kampagne zur Sensibilisierung von kleinen und mittleren (KMU) Unternehmen für die Folgen eines harten Brexit aufzusetzen, die auf bisherige Maßnahmen der Kammern sowie weiterer Partner aufbaut;
- im kommenden Haushalt zusätzliche Mittel für die Beratungsstrukturen bei Kammern sowie Fördermittelgebern mit Fokus auf das Vereinigte Königreich vorzusehen;
- und einen Fonds mit Zuschüssen insbesondere für rechtliche Beratung von KMU für den Fall eines harten Brexit vorzubereiten.

Begründung:

KMU sind das Rückgrat der bayerischen Wirtschaft. Sie verfügen im Gegensatz zu größeren Konzernen oft nicht über die personellen Kapazitäten und Ressourcen, um sich auf eine abrupte und deutliche Änderung von Regularien im Handel einzustellen. Mit einem harten Brexit des Vereinigten Königreichs drohen allerdings genau solche Änderungen sowohl beim Import und Export von Gütern als auch im Dienstleistungssektor. Insbesondere für letzteren sind die Bedingungen unter denen Dienstleistungen noch erbracht werden dürfen und Arbeitskräfte zur Erbringung dieser Dienstleistungen nach Großbritannien entsandt werden können nach wie vor unklar.

Diesem Nachteil der KMU muss die Staatsregierung mit einer Sensibilisierungskampagne begegnen und kann dabei auf bereits laufenden Maßnahmen z. B. der Industrie- und Handelskammern aufbauen. Sensibilisierung allein reicht allerdings nicht aus. Damit sich der Mittelstand an veränderte regulatorische Bedingungen effizient anpassen kann, wird qualifizierte Beratung benötigt. Die Beratungsstrukturen sollen daher mit Blick auf den Brexit gestärkt werden und darüber hinaus im Fall eines harten Brexit ein Fonds mit Zuschüssen insbesondere für rechtliche Beratungsleistungen vorgehalten werden.